

Die voigtl. Vereins-
blätter erscheinen
wöchentlich 2 mal und
zwar Mittwochs
und Sonnabends.

Voigtländische

Subscriptionspreis:
5 ngr. für das Viertel-
jahr. Insertions-
gebühren werden bil-
lig berechnet.

Vereinsblätter

aus dem Volke für das Volk.

Verantwortlicher Verleger: Aug. Wieprecht.

An unsre Mitbürger!

Die von den Ministern „an das sächsische Volk“ bei Auflösung der Kammern gerichtete Ansprache legt ein vollgültiges Zeugniß gegen die Minister selbst ab. Die Staatsminister haben dem Könige gerathen, die Kammern aufzulösen. Das aus der Schreibstube und der diplomatischen Schule hervorgegangene Ministerium Held wagt es, das erste Mal im Königreich Sachsen die Kammern aufzulösen, zu einer Zeit, wo Sachsens und Deutschlands Schicksal und des Volkes Wohl vielleicht für Jahrhunderte entschieden werden soll. Die Minister haben, wie sie sagen, es gethan, weil sie nicht glauben könnten, daß die Handlungsweise der Kammern den wahren Bedürfnissen des Landes und der wirklichen Meinung des sächsischen Volkes entsprochen habe. Die Volksvertretung ist berufen, über die Handlungsweise der Minister zu urtheilen, das neue Ministerium macht es umgekehrt, es stellt sich über die Volksvertretung, und weil diese in inniger Auffassung der Zeitverhältnisse und der Wünsche des Volks, sowie einer heiligen Pflichterfüllung sich bewußt, die Handlungsweise des Ministeriums mit dem Wohle und der Ehre des Landes unverträglich erachtete, sagt das Ministerium: „diese“ Kammern sind nicht der wahre Ausdruck des Volkswillens.

Die Minister führen zu ihrer Rechtfertigung an: daß es sich nicht um einzelne Fragen der Politik und Gesetzgebung, sondern um das gesammte Austreten der Kammern während der drei Monate ihres Zusammenseins handle. Ganz recht, die Kammern konnten sich nicht mit der bloßen Publikation der Grundrechte begnügen, nachdem sie selbst diese mit dem Rücktritte eines Ministeriums Braun-Oberländer erst erzwingen konnten, sie mußten, wenn sie dem Volke wahrhaft nützen wollten, mit Zugrundelegung derselben eine allseitige Umgestaltung der Gesetzgebung und Verwaltung anstreben.

Nicht durch Versprechungen gefesselt, sondern von dem heißen Verlangen durchglüht, daß endlich einmal Einfachheit und Sparsamkeit in den Staatshaushalt eingeführt, daß das sächsische Volk in den Vollgenuß der Freiheit gesetzt werde und zu einem beglückenden Wohlstand gelange, durften die Kammern den in tausend Zuschriften ausgesprochenen Willen des Volkes nur als den Leitstern ihres Pfades betrachten.

Das Volk wird es nicht mißbilligen, daß die Kammern die Finanzfragen mit größter, gegen diese Minister gebotener, Vorsicht erfaßten, und der reiflichsten und der sorgfältigsten Erwägung unterwarfen; daß sie, ehe sie sich zu weit erstreckenden, in der Verfassung nicht einmal begründeten, Bewilligungen verstanden, die Gesinnung und Thaten der neuen Minister erst kennen wollten; daß sie auf Gewährung der verfassungsmäßigen Vorlagen drangen, um nicht gerechte Vorwürfe der Betheiligung an einem verfassungswidrigen Gebahren auf sich zu laden.

Die Rechtsverhältnisse der Regierung zu den Steuerpflichtigen in Bezug auf Erhebung und Entrichtung von Steuern werden in einer besonderen Schrift von Mitgliedern der Kammermehrheit auseinandergesetzt werden.

Unbequem mag es den Ministern erschienen sein, daß die Volksvertreter die ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe streng, gewissenhaft und mit größter Freimüthigkeit beurtheilten; die Minister haben aber, wie die Verhandlungen nachweisen, von ihrer Unbefangenheit, Sachkenntniß und ihrem Verstande keinen glänzenden Beweis geliefert, sonst würden sie in freier Diskussion oder, wenn sie von der freien Rede nicht den erforderlichen Gebrauch machen konnten, in Schriften die Einwürfe und Anträge der Kammern widerlegt haben. Leichter läßt es sich freilich ohne lästige Anfragen über das eingeschlagene oder einzuschlagende Verfahren der Staatsverwaltung regieren, aber eine Regierung, welche nach festen und klaren Grundsätzen verfährt, wird sich nicht scheuen, dem Volke Rechenschaft von ihren Handlungen zu geben.

Die Minister können unmöglich einem nach Fortschritt, Verbesserung und Erleichterung strebenden Volke, wie dem sächsischen, große Hoffnungen erwecken, wenn sie die von den Kammern gestellten Anträge, welche doch nur auf die Verwirklichung dieses Zieles gerichtet waren, schon als maßlos bezeichnen. Die Uebelstände, welchen in der bürgerlichen Gesellschaft gesteuert werden soll, sind sehr groß und tief in das Mark des Volkes dringend; kleine Abhülfen reichen nicht mehr aus. Mit allem Ernste und aller Kraft muß an die Verbesserung der Zu-

stände Hand gelegt werden, wenn wir nicht einer ganz trüben Zukunft entgegen gehen wollen. Ein Ministerium Könnerich oder Held vermag die Bedürfnisse unserer Zeit nicht zu befriedigen.

Die Minister sind nicht zurückgetreten, weil sie nicht glauben können, daß das sächsische Volk so vertreten sein wolle. Und doch waren diese Kammern die ersten aus der freien Wahl des Volkes hervorgegangenen, und doch zeigte das Volk durch solche Wahlen, daß es so vertreten sein wollte.

Wie unvollständig das Ministerium — den Wünschen des Volkes gegenüber — seine Aufgabe nach Innen aufgefaßt hat, zeigen die unerledigten Anträge und unbefriedigend beantworteten Anfragen.

Wäre es den Ministern Ernst und Gebot inneren Dranges gewesen, Deutschlands Einheit und Freiheit zu begründen, so wären sie den Kammern, welche übereinstimmend in der deutschen Frage für ihre deutsche Gesinnung zeugende Anträge stellten, mit Vorlagen entgegen gekommen, während sie bisher vermieden, eine bestimmte, faßliche und klare Zusage zu geben. Sie haben ihren Ausruf erlassen, ehe sie noch die Ueberzeugung gewannen, daß auch eine Landtagschrift in der deutschen Frage an sie gelangen würde.

Wohl kann man über die Art, wie die Aufgaben des Staates zu lösen sind, verschiedener Ansicht sein; aber das Volk steht mit aller Entschiedenheit der Verwirklichung seines Willens entgegen und verlangt von der Regierung Grundsätze, Gesinnung und Thaten, welche es zu der Hoffnung gewissenhafter Ausführung seiner gerechten Wünsche berechtigen.

Mit dem Bewußtsein, unsern Auftrag in dem Sinne der Mehrzahl des Volkes, so weit es uns verstattet war, erfüllt zu haben, und frei von dem Bestreben, den Verdächtigungen der Minister mit Anklagen gegen dieselben zu antworten, auch unbekümmert um die Nachreden derselben, der Reactionäre und der Staatsbevorzugten, treten wir in den Kreis unsrer Mitbürger zurück.

Dresden, am 30. April 1849.

Ahnert. Arndt. Auerwald. Benseler. Berthold. Bertling. Birnbaum. Bitterlich. Blöde. Böhme. Böricke. Claus aus Zennwitz. Dammann. Du Chesne. Elßner. Eymann. Finke. Fritzsche. Garbe. Gautsch. Gruner. Günther. Haase. Haberkorn. Haden. Hausstein. Hausner. Heinze. Hensel. Herz. Heubner. Hirschold aus Dresden. Hohlfeld aus Löbau. Jacob. Jahn. Joseph. Jungnickel. Kaiser. Kaltosen. Kell aus Dresden. Kell aus Leipzig. Klette. Köchly. Kreher. Kresschmar. Lindner. Linke. Müller aus Dresden. Müller I. aus Taura. Müller II. aus Taura. Müller aus Friedebach. Nehmichen aus Nerchau. Päßler. Reimann. Rewitzer. Riedel. Segnitz. Schaffrath. Schmidt. Schneider. Schwerdtner. Steinmüller. Theile. Tschucke. Ungar. Voigt aus Penig. Zschweigert.

Heil der Reichsverfassung!

Die entscheidende Stunde ist da. Haben wir einen März gehabt oder nicht? Wird das deutsche Volk ein Ganzes werden oder wird es, ohne Halt und Zusammenhang, ohne Kraft und Würde, getheilt, zerissen bleiben? Wird der Wille von mehr als 40 Millionen gelten, oder der Wille von drei oder vier Fürsten? Das soll sich, das muß sich **jetzt** entscheiden.

Die deutsche Nationalversammlung hat ihr Werk vollbracht. **Die Verfassung für Deutschland ist vollendet und verkündet.**

Aber der zum Erbkaiser gewählte König von Preußen Friedrich Wilhelm hat die Würde abgelehnt. Er erkennt den souveränen Willen des Volkes **nicht** an, er will, daß der Wille eines ebensoviel oder wohl auch noch mehr gelte, als der Wille eines ganzen Volkes; er will, daß das Verfassungswerk zwischen den Vertretern des Volks und den Regierungen vereinbart werde d. h. daß die Regierungen das abändern oder streichen, was ihnen an der Verfassung nicht gefällt. Er fordert die Regierungen auf, sich zu erklären; er fragt sie: wollt ihr in den deutschen Bundesstaat eintreten? und unter welchen Bedingungen? Wollt ihr die Reichsverfassung unbedingt und ohne darin zu reden, anerkennen? Oder seid ihr für die Vereinbarung! — und was meinen die Regierungen? Doch nein, erst wollen wir fragen: was meint das deutsche Volk? Denn das Volk sieht uns näher als die Fürsten, und diese Frage ist jedenfalls die wichtigere.

Das deutsche Volk spricht sich in allen Staaten Deutschlands für die **unbedingte Geltung der Reichsverfassung aus**. Und so ist's natürlich und recht. Wohl mögen nicht Alle mit Allem zufrieden sein, was die Reichsverfassung bestimmt hat und besonders ist es das Erbkaiserthum, das Vielen nicht, ja das nicht Vielen gefällt. Doch mag Einzelnes nicht nach dem Sinne Aller sein, im Ganzen ist sie gut, diese Reichsverfassung, weil sie dem Volke natürliche Rechte wiedergiebt und den Fürsten angemessene Rechte nimmt. Und daß sie für das Volk im Ganzen gut ist, beweist gerade der Widerstand, den die Fürsten entgegensehen, am allerbesten. Aber wenn sie auch nicht so gut wäre, wie sie es ist, so müßte doch das Volk für sie eintreten, denn die Vertreter des Volkes haben sie geschaffen und der Wille des Volkes, der sich durch seine Vertreter ausgesprochen hat, ist das höchste Gesetz. An diesem Grundsatz, den einige Fürsten verläugnen wollen, soll und muß das Volk festhalten, und hält das Volk fest, gerade darum fest. Heil dieser Einigung! Sie ist natürlich und recht; sie ist erhebend, ermuthigend. Einigkeit giebt Stärke. Und dieser Stärke werden wir bedürfen. Denn was meinen die Regierungen?

Die Regierungen der 28 kleinen Staaten Deutschlands haben sofort und unbedingt die Reichsverfassung anerkannt. An sie hat sich in neuester Zeit von den größeren Staaten Württemberg angeschlossen. Entschieden hatte sich der König dieses Landes gegen einen Theil der Reichsverfassung, gegen das Erbkaiserthum

erklärt. Aber dem entschiedenen Willen des Königs stellte sich auf besonnenem, gesetzmäßigem Wege der entschiedene Wille des Volkes entgegen. Schon wankte ein Thron, der Thron eines der besten Fürsten Deutschlands, schon ertönte, als der König sich von Stuttgart nach Ludwigsburg entfernte, das verhängnisvolle Wort: provisorische Regierung! da erklärte er sich noch zur rechten Zeit bereit, die ganze Reichsverfassung unbedingt anzuerkennen, also seinen Willen dem Willen des Volkes unterzuordnen.

Die Regierungen Preußens, Baierns und Hanovers dagegen erkennen die Reichsverfassung nicht unbedingt, vielleicht auch unbedingt nicht an. Und die Regierung Sachsens hat sich — noch nicht erklärt, man müßte denn die Kammerauflösung für eine Erklärung halten wollen.

Dem Willen des deutschen Volkes stellen also einige Fürsten ihren Willen entgegen.

Darum erwachet und wachet. Die entscheidende Stunde ist da. Macht euren Willen geltend, geltend auf gesetzlichem Wege, durch gesetzliche Mittel, solange es einen gesetzlichen Weg und gesetzliche Mittel giebt. Erkennt zuerst und vor Allem und spricht es aus in Adressen an König und Ministerien, daß **Deutschland seit dem 28. März 1849 eine Reichsverfassung hat und daß keiner Regierung das Recht zusteht, sich dem Willen der Nation zu widersetzen.**

Und wie in der Paulskirche in diesem Einem, in der Anerkennung der Reichsverfassung alle Parteien eins sind und in diesem Einem es keine Rechte und keine Linke giebt, sondern nur redliche Söhne des einen deutschen Vaterlandes, so mag es allethalben in den deutschen Gauen, so mag es auch bei uns sein. Jene besonderen Vereine der Parteien, Vaterlandsvereine, Märzvereine, deutsche Vereine, sie mögen jetzt nichts sein und nichts gelten; Angesichts des großen Kampfes um das Höchste möge der kleinliche Parteizwist schweigen! Einig, eins mögen wir sein, daß unser Deutschland ein Ganzes werde auf Grund seiner Verfassung, ein Ganzes zur Freude und zum Segen seiner Söhne, ein Ganzes zum Ingrimm und Verderben seiner Feinde!

Der Krieg mit Dänemark.

In Schleswig-Holstein kämpft schon lange Zeit das deutsche Volk von 45 Millionen gegen ein zwanzigfach kleineres, anmaßendes Völkchen, ohne daß die Entscheidung herbeigeführt worden wäre. Wer ist Schuld daran? — das deutsche Volk, die Soldaten?! — Nein, der entschiedene Wille und die wohlgeleitete Begeisterung der deutschen Nation ist unüberwindlich und es giebt keine That, welche von ihr nicht vollbracht, kein Sieg, welcher von ihr nicht errungen werden könnte. Trozdem hat der Krieg des vergangenen Jahres für Deutschland keine andern Erfolge gehabt, als den Tod von hunderten unserer deutschen Brüder und einen für unser Vaterland schmachvollen Waffenstillstand, und die Erfolge des heurigen Jahres sind noch immer gegen das vergossene Blut unserer Brüder sehr bescheiden. Wer ist Schuld daran? — Sind's die Führer der Soldaten,

find's die Herren von Gottes Gnaden, die jenen wieder die diplomatischen Künste gelernt?! — Die deutsche Reichsgewalt, welcher es oblag, für die Ehre Deutschlands einzustehen, hat in dem dänischen Kriege nicht viel mehr gethan, als Flottenbeiträge entgegen genommen, einige Schiffe ausgerüstet und die Flagge der eroberten Geseßion mit Kanonendonner in Frankfurt empfangen; es scheint selbst, als haben sie dem Könige von Preußen die Vollmacht nicht wiedernehmen wollen, im Namen Deutschlands Schleswig-Holstein zu schützen von der Frevellust der übermüthigen Dänen! — Aber ebender selbe König hat eine Deputation der Schleswig-Holsteiner nicht empfangen, wahrscheinlich weil er sie für Rebellen ansieht, wie sein in Schleswig Kommandirender General von Prittwitz, der die Schleswig-Holsteiner für Rebellen erklärt hat, weil sie sich von Dänemark losreißen wollten, derselbe, der doch eben Schleswig-Holstein als deutsche Lande schirmen und von Dänemark befreien soll. Und eben derselbe König soll dem Reichstagsabgeordneten Beseler erklärt haben, daß der König von Dänemark seine volle Achtung besitze und ein tüchtiger Mann sei, der es mit seinen Unterthanen gut meine; (wenigstens ein Verräther an der dänischen Sache scheint er nicht zu sein, das ist wahr.) Er hat dem Herzog von Koburg gegenüber den dringlichen Wunsch ausgesprochen, er möge in dem Kriege recht schonend verfahren; ja das Organ der preussischen Regierung wagt zu erklären, daß die Sache in Schleswig weniger gut stehe, da die Dänen eine Niederlage erlitten.

Können, sollen, dürfen wir glauben an den vollen Ernst dieses Krieges? Wir können nicht, wir dürfen nicht, allermindestens in Beziehung auf Preußens antiteutsche Politik, in einer Zeit der gemeinsamen Gefahr für Königthum und Vorrecht. Die Mächtigen der Erde erheben nimmermehr das Schwert gegen einander, sie erheben es nur mit gegenseitiger Hülfe gegen „das Volk“ und dieser Krieg dürfte für einige Mächte nur das Mittel sein, um die Gedanken des Volks von den inneren Befreiungsbestrebungen abzu ziehen und um Boden zu gewinnen für die rückschreitende Bewegung! —

Tiefste Entrüstung muß uns ergreifen über eine Art Krieg zu führen, welche unsere Brüder nur zu Kanonensutter und das Volk zu einem Spielwerk der Mächtigen herabwürdigt, welche zuletzt uns selbst als gutmüthige Bezahler zu mißbrauchen gesonnen ist, und welche die deutschen Krieger, so muthig, so begeistert, sie auch jetzt sich bewiesen, allmählig entmuthigen und demoralisiren muß. Volk, erkenne, die deine Landesväter sein wollen, die für dein Glück und deine Ruhe sorgen sollen, erkenne sie in ihrer wahren Gestalt und lohne sie; dann wird der Genius des Friedens schweben ewiglich über deinen Fluren und wenn ja der Gott des Krieges an deine Thüre pocht und deine Söhne fordert, wird deiner Söhne Blut nicht fließen für Fürstenthum und Fürstentyrannie, dann wird es gelten nur deiner Freiheit, deinem Glücke und deinem Wohlstand, des freien Vaterlandes Ruhm und Ehre! Stürzet zusammen ihr morschen Stützen der Tyrannie! und aus euren Trümmern wird hoch aufklaren das Panier der Verbrüderung aller Völker, die sich als Freie glücklich umfassen werden! —

Tagesgeschichte.

Frankfurt a. M., 30. April. Die deutsche Nationalversammlung faßte in der heutigen Sitzung folgende Beschlüsse: Auf Antrag des Abg. Simon aus Trier:

1) Der Präsident ist ermächtigt, zu jeder Zeit und an jedem Orte, welchen er zu wählen für zweckmäßig erachtet, eine Sitzung der Nationalversammlung anzuberaumen;

2) auf Antrag des Abg. Zell: eine außerordentliche Sitzung muß auf Verlangen von 100 Mitgliedern anberaumt werden;

3) auf Antrag von Abg. Goltz und Genossen: Die Versammlung ist bei Anwesenheit von 150 Mitgliedern beschlußfähig.

Auf Antrag von den Abgg. Kierulff, Ziegert u. A. wurde noch beschlossen:

4) Die Nationalversammlung spricht ihre Mißbilligung der Auflösung der hannoverschen zweiten und preussischen zweiten Kammer aus;

5) sie fordert die Regierungen zu schleuniger Anordnung der Neuwahlen auf;

6) sie spricht gegen die noch übrigen gesetzlichen Organe in jenen beiden Staaten die Erwartung aus, daß sie die Ansicht und den Willen des hannoverschen und preussischen Volks in der deutschen Verfassungssache offen, muthigst und schleunigst ihren Regierungen kund thun werden.

Auch die sächsischen Kammern sind aufgelöst und seitdem die Minister Held, Weinlig und Ehrenstein abgetreten, weil sie auf Anerkennung der deutschen Reichsverfassung bestanden. Nur Beust und Rabenhorst haben den Muth, dem Volkswillen zu trotzen, so entschieden dieser auch im ganzen Lande sich ausspricht und in zahlreichen Adressen und Deputationen Sr. Majestät und den Ministern dargelegt wird. Ueberall vereinen sich die Behörden und Vertreter der Gemeinden, verbinden sich die verschiedenen politischen und andere Vereine zu gemeinschaftlichem und entschiedenem Handeln in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes. Die in diesen Tagen von dem Stadtrathe und den Stadtverordneten Plauens an den König abgegangene Petition lautet:

Das deutsche Vaterland ist in Gefahr. Aber weniger von Außen droht diese Gefahr; sie droht im

Innern, im Herzen Deutschlands selbst. Der Bürgerkrieg steht vor der Thüre. Nur eine rasche That kann retten, nur die schleunige und unbedingte Annahme der Reichsverfassung, wie sie von den gesetzlichen Vertretern des deutschen Volkes zu Frankfurt nach Vernehmung und theilweiser Berücksichtigung der Bedenken der deutschen Fürsten durch zweimalige Lesung festgestellt worden ist, kann den Orkan beschwören, welcher von Neuem und heftiger als je über die gesegneten Fluren Deutschlands hereinzubrechen droht. Darum bitten Ew. Königl. Maj. wir, die ehrerbietigst unterzeichneten Vertreter Plauens, einer Gemeinde von 12000 Einw., Königl. Maj. treuergebenen Sachsen, in vollkommener Uebereinstimmung mit den in Bezug auf die deutsche Reichsverfassung gefaßten Beschlüssen unserer eben aufgelösten Kammern so dringend als ehrfurchtsvoll

die deutsche Reichsverfassung nebst Reichswahlgesetz, wie solche von der Nationalversammlung zu Frankfurt endgültig angenommen und als Reichsgesetz publicirt worden sind, für Sachsen anzuerkennen und auf verfassungsmäßigem Wege zur Anerkennung zu bringen

und so einen neuen Beweis Ihrer patriotischen Hingebung für das Wohl Ihres Volkes und für das Heil Deutschlands in gewohnter Huld zu geben.

In demselben Sinne wird eine Erklärung der hiesigen politischen Vereine, des Deutschen, des Volks- und des März-Vereins, die sich in diesem Augenblicke der Gefahr auf eine erhebende Weise geeinigt haben, an das Ministerium abgehen. Das Volk, das ganze Volk tritt in die Schranken, und es wird sich nun zeigen, ob das Volk einer Fürstenfamilie wegen da ist, oder der Fürst des Volkes wegen.

Ebenso erhebt sich das Bairische Volk. Aus allen bedeutendern Städten ergehen Erklärungen für unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung an die Regierung, und es wird Herrn v. d. Pfordten etwas warm werden. Nur die Preußen scheinen noch zu schlafen, und in Berlin wird fast täglich bei den harmlosesten Volksanhäufungen unschuldiges Blut vergossen.

Soeben geht die bestimmte Nachricht ein, daß auch in Dresden Bürgerblut vergossen worden ist. Das Volk hat sich des Zeughauses bemächtigt, und der König ist auf den Königstein entflohen.

Kirchliche Nachrichten.

Am Sonntage Cantate predigt in der Stadtkirche Vormittags Herr Superint. Beyer und Nachmitt. Herr Archidiacon. M. Fiedler. Nach der Vormittagspredigt allgem. Beichte mit Communion.

In der Gottesackerkirche hält Vormitt. halb 11 Uhr Herr Stadtdiac. Schweinig die dritte Heroldtsche Legatpredigt.

Sonntag, den 6. Mai, Nachm. 1 Uhr, Vereins-sitzung in Rosenthal. Alle Mitglieder werden ersucht, sich pünktlich einzufinden.

Der V. B. zu Rosenthal
Auf. Aug. Gerbeth, Schriftf. G. Köppel, Dbm.

Einladung.

Die **Unterhaltungen** durch Vorträge und Vorträge finden alle Montage im H. Schießhaussaale statt.
Der Volks-Verein.

Druck von August Wieprecht in Plauen.

Korn & Kauffmann

empfehlen ihr wieder reichlich fortirtes Lager in Tuchen, Sommerrock- und Reinkleiderstoffen, so wie auch in Ausschneidwaaren unter Zusicherung rechtlicher Bedienung.

Ein halbes Wohnhaus auf dem Topfmarkt steht aus freier Hand zu verkaufen, kann aber auch ganz abgelassen werden.

Von jetzt an wohne ich bei Frau Wittwe Eichhorn am Markt; dies meinen verehrten Kunden zur schuldigen Nachricht
Aug. Nestke, Herrenkleidermacher.

Anfrage.

Ist der Weg über den Weidenanger für die Fußgänger oder für die Seiler gebaut worden?